



Bern, 14. Mai 2008

Adressaten:

die politischen Parteien
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
die Dachverbände der Wirtschaft
die interessierten Kreise

Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI über die Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen Strafverfolgungsbehörden (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

1. Der Bundesrat hat am 14. Mai 2008 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden, den Gemeinden, Städten und Berggebieten, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.
2. Die Vernehmlassung dauert bis am **20. August 2008** (3 Monate).
3. Beim vorliegenden Bundesbeschluss handelt es sich um die Genehmigung und Umsetzung einer Weiterentwicklung des Schengen Besitzstands im Bereich des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden. Die Umsetzung des Rahmenbeschlusses erfolgt durch die Schaffung eines Spezialgesetzes. Dieses soll die Verfolgung und Verhütung von grenzübergreifenden Straftaten mittels eines vereinfachten polizeilichen Informationsaustauschs verbessern.
4. In der Beilage unterbreiten wir Ihnen den *Bundesbeschluss zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI über die Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten der EU* samt Erläuterungen zur Stellungnahme. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.
5. Ihre Hinweise im Rahmen der Vernehmlassung richten Sie bitte direkt an die federführende Stelle im Bundesamt für Polizei; Stab für internationale Entwicklung und Krisenmanagement (SINDEC), Herr Vizedirektor Arnold Bolliger, Nussbaumstrasse 29, 3003 Bern; arnold.bolliger@fedpol.admin.ch.



Für weitere Informationen steht Ihnen das Bundesamt für Polizei zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Eveline Widmer-Schlumpf
Bundesrätin

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)